



Suchergebnisse: Wackersdorf

1970 – Ein roter Fleck im schwarzen CSU-Meer

Burglengenfeld * Hans Schuierer (SPD) wird zum Landrat des damaligen Landkreises Burglengenfeld gewählt. Er folgt auf Walter Haschke, ebenfalls SPD, der das Amt seit 1948 innehat. Schuierer bleibt bis zur bayerischen Gebietsreform 1972 Landrat von Burglengenfeld. Als die Gebietsreform ansteht, gilt Burglengenfeld als roter Fleck im ansonsten von der CSU dominierten Bayern. Der Landkreis soll mit drei weiteren Landkreisen zusammengelegt werden. Nach Schuierers späterer Darstellung verfolgt der neue Gebietszuschnitt auch ein politisches Ziel: Der sozialdemokratische Landrat soll sein Amt verlieren. Der damalige Regierungspräsident der Oberpfalz bestätigt ihm dies Jahre später.

11. Juni 1972 – Hans Schuierer gewinnt die Landratswahl

Schwandorf * Hans Schuierer (SPD) wird zum Landrat des neu gebildeten Landkreises Schwandorf gewählt. Zunächst liegt er mit nur 375 Stimmen vor seinem CSU-Gegenkandidaten Peter Spichtinger. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel wird das knappe Wahlergebnis nachgezählt. Schuierer kommentiert den Vorgang später sinngemäß: Wenn ein Sozialdemokrat in einem CSU-geprägten Landkreis gewinnt, könne etwas nicht stimmen. Doch die Nachzählung bestätigt seinen Sieg: Sein Vorsprung wächst um weitere 50 auf insgesamt 425 Stimmen.

31. Oktober 1976 – Der Entsorgungsnachweis wird Pflicht

Bonn * Mit der vierten Novelle des Atomgesetzes werden die Betreiber von Kernkraftwerken verpflichtet, Vorsorge für die Entsorgung abgebrannter Brennelemente zu treffen. Sie müssen künftig nachweisen, wie die Brennelemente wiederaufgearbeitet oder anderweitig sicher entsorgt werden sollen.

1977 – Die DWK wird gegründet

Bundesrepublik Deutschland * Zwölf Energieversorgungsunternehmen und Kernkraftwerksbetreiber gründen die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von



Kernbrennstoffen (DWK). Sie erhält den Auftrag, eine große Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik zu planen und zu errichten.

1977 – Die Suche nach einem Standort beginnt

Bundesrepublik Deutschland * Als mögliche Standorte für die Wiederaufarbeitungsanlage werden unter anderem Wangershausen in Hessen, Kaisersesch sowie Hambuch und Illerich in Rheinland-Pfalz und Dragahn in Niedersachsen untersucht. Die Planungen scheitern vor allem am Widerstand der Bevölkerung und an politischen Vorbehalten.

Juli 1979 – Erste Berichte über ein mögliches Zwischenlager

Oberpfalz * In der Oberpfälzer Presse erscheinen erstmals Berichte über Pläne für ein mögliches atomares Zwischenlager im Landkreis Schwandorf.

28. September 1979 – Bund und Länder beschließen ein Entsorgungskonzept

Bonn * Bund und Länder verständigen sich mit dem „Beschluss zur Entsorgung der Kernkraftwerke“ auf ein integriertes Entsorgungskonzept. Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente bleibt der bevorzugte Weg. Gleichzeitig soll die direkte Endlagerung als Alternative geprüft werden.

3. Dezember 1980 – Strauß fordert eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage

München-Haidhausen * In einer Regierungserklärung erklärt Ministerpräsident Franz Josef Strauß, dass die Bundesrepublik eine eigene Wiederaufarbeitungsanlage benötigt. Wackersdorf nennt er zu diesem Zeitpunkt noch nicht öffentlich als möglichen Standort.

Januar 1981 – Politiker fordern Klarheit über mögliche Standortpläne

Schwandorf - München * Landrat Hans Schuierer und der Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer verlangen von der Bayerischen Staatsregierung Auskunft über mögliche Planungen für eine Atomanlage im Landkreis Schwandorf. Die Staatsregierung bestreitet zunächst, dass es konkrete



Pläne für einen Standort in der Region gibt.

28. Oktober 1981 – Wackersdorf kommt in die engere Standortauswahl

Wackersdorf * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) bestätigt, dass Wackersdorf in die engere Auswahl möglicher Standorte aufgenommen ist. Ein transparentes öffentliches Auswahlverfahren, in dem gleichwertige Alternativstandorte geprüft und miteinander verglichen werden, findet nicht statt.

30. Oktober 1981 – Eine Bürgerinitiative organisiert den Widerstand

Schwandorf * In Schwandorf gründet sich die „Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage“. Damit beginnt der organisierte Widerstand gegen eine mögliche Wiederaufarbeitungsanlage in der Region.

14. November 1981 – Demonstration gegen eine WAA in der Oberpfalz

Regensburg * Rund 2.000 Menschen demonstrieren in Regensburg gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz.

1982 – Das Ende des Braunkohleabbaus kostet Arbeitsplätze

Wackersdorf * Mit dem Ende des Braunkohleabbaus bei Wackersdorf gehen rund 1.600 Arbeitsplätze verloren. Die Bayerische Staatsregierung, die Gemeinde und die Gewerkschaften betrachten die geplante Wiederaufarbeitungsanlage zunächst als mögliche wirtschaftliche Ersatzperspektive für die Region.

18. Februar 1982 – Die DWK beantragt das Raumordnungsverfahren

Regensburg * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) beantragt bei der Regierung der Oberpfalz die Einleitung eines Raumordnungsverfahrens für eine Wiederaufarbeitungsanlage im Taxöldener Forst bei Wackersdorf.



März 1982 – Tausende demonstrieren gegen die WAA

Schwandorf * Rund 15.000 Menschen demonstrieren auf dem Schwandorfer Marktplatz gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Zu den Rednern gehört der Zukunftsforscher und Publizist Robert Jungk, Autor des Buches „Der Atom-Staat“.

7. August 1982 – Das erste Anti-WAAhnsinns-Festival beginnt

Burglengenfeld * Auf dem Lanzenanger in Burglengenfeld beginnt das erste Anti-WAAhnsinns-Festival. Der Lanzenanger ist eine große, weitgehend ebene Fest- und Veranstaltungswiese am Rand der Altstadt nahe der Naab. Das zweitägige Festival dauert bis zum 8. August. Auf der Bühne stehen unter anderem Embryo, Tana Nile, Hammerfest, Wolfgang Barthel, Dullijöh, HBR Connection, Feedback, Aaron und Ram Rods.

Oktober 1982 – Die DWK verspricht Tausende Arbeitsplätze

Wackersdorf * Die Bayerische Braunkohlen-Industrie stellt den Braunkohleabbau bei Wackersdorf endgültig ein. Teile der ehemaligen Bergbauflächen und des überwiegend staatlichen Taxöldener Forstes stehen damit potenziell für ein Großprojekt zur Verfügung. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) stellt für die Bauphase rund 3.000 Arbeitsplätze in Aussicht. Das zunächst veranschlagte Investitionsvolumen beträgt mehrere Milliarden D-Mark und steigt später auf etwa zehn Milliarden D-Mark.

1983 – Hans Schuierer ändert seine Haltung zur WAA

Wackersdorf * Landrat Hans Schuierer steht der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage zunächst nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Der Landkreis Schwandorf leidet unter einer der höchsten Arbeitslosenquoten Deutschlands. Der Braunkohleabbau ist beendet, und auch der Maxhütte droht die Schließung. Vor diesem Hintergrund erscheinen die von der DWK versprochenen 3.600 Arbeitsplätze als große wirtschaftliche Chance für die Region. Mit zunehmender Beschäftigung mit dem Projekt ändert Schuierer seine Haltung und wird zu einem entschiedenen Gegner der Anlage. Ausschlaggebend sind unter anderem Informationen über radioaktive Ableitungen, Atomtransporte, mögliche Gefahren für das Wasser und den geplanten rund 200 Meter hohen Abluftkamin. Dieser soll radioaktive Stoffe in großer Höhe ableiten und weiträumig verteilen.



1983 – Die DWK bereitet das Projekt personell vor

Wackersdorf * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) richtet Informationsstellen ein und beginnt, Beschäftigte sowie Auszubildende für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage einzustellen.

März 1983 – Der Widerstand vernetzt sich überregional

Schwandorf * An den Protesten in der Region beteiligen sich neben Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden zunehmend auch überregionale Gruppen der Anti-Atomkraft-Bewegung.

13. August 1983 – Das zweite Anti-WAAhnsinns-Festival beginnt

Burglengenfeld * In Burglengenfeld beginnt das zweite Anti-WAAhnsinns-Festival. Die zweitägige Veranstaltung dauert bis zum 14. August. Auf der Bühne stehen Brandnew, Fuzz Wittke, Matata, Averall Daltons Rache, Munjo, Second Workshop, Trio de Janeiro, Checkpoint Charly, Crash und Crample.

19. September 1983 – Mehr als 53.000 Einwendungen gegen die WAA

München - Schwandorf * Der Sicherheitsbericht für die erste atomrechtliche Teilgenehmigung liegt vom 19. September bis 18. November 1983 beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen in München sowie beim Landratsamt Schwandorf öffentlich aus. Gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage werden 53.017 Einwendungen eingereicht - eine für ein atomrechtliches Verfahren dieser Zeit außergewöhnlich hohe Zahl.

März 1984 – Schuierer gewinnt die Landratswahl deutlich

Schwandorf * Hans Schuierer wird mit mehr als 70 Prozent der Stimmen als Landrat wiedergewählt. Gleichzeitig verliert die CSU ihre Mehrheit im Schwandorfer Kreistag. Das Wahlergebnis gilt als erstes deutliches politisches Signal gegen die WAA-Politik der Bayerischen Staatsregierung.



21. Juli 1984 – Das dritte Anti-WAAhnsinns-Festival

Saltendorf bei Teublitz * In Saltendorf bei Teublitz findet das dritte Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Auf der Bühne stehen Fax, Slewrate, Present Perfect, Chaoten Combo Nr. 7, Schroeders Roadshow, Löwenzahn, November, Knallfrösche, Guglhupfa, Crash, Matata und Ede Ball.

September 1984 – Das Franziskus-Marterl wird zum Ort des Widerstands

Wackersdorf * In der Nähe des späteren WAA-Baugeländes entsteht das Franziskus-Marterl. Der Bildstock entwickelt sich zu einem religiösen und gesellschaftlichen Zentrum des Widerstands gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

24. September 1984 – Die erste Teilerrichtungsgenehmigung wird erteilt

München-Bogenhausen * Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen erteilt die erste atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA Wackersdorf. Sie erlaubt insbesondere die Rodung und Einzäunung des Geländes sowie Arbeiten am Brennelement-Eingangslager. Dieses soll bis zu 1.500 Tonnen abgebrannter Brennelemente aufnehmen.

Oktober 1984 – Andachten und Spaziergänge verbinden den Widerstand

Wackersdorf * Regelmäßige ökumenische Andachten, Bittgänge und „Sonntags-Spaziergänge“ verbinden kirchliche, bürgerschaftliche und umweltpolitische Formen des Protests.

4. Februar 1985 – Die Standortentscheidung fällt für Wackersdorf

Wackersdorf * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) entscheidet sich endgültig für Wackersdorf als Standort der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage. Das vorgesehene Betriebsgelände umfasst rund 120 Hektar.

März 1985 – Landkreis stellt sich gegen die Genehmigungen



Schwandorf * Das Landratsamt Schwandorf und der Kreistag versuchen, die erforderlichen bau- und wasserrechtlichen Genehmigungen zu verhindern oder zumindest einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

1. Mai 1985 – Der Taxöldener Forst wird Wackersdorf zugeordnet

Wackersdorf * Der überwiegende Teil des bislang gemeindefreien Taxöldener Forstes wird in das Gemeindegebiet von Wackersdorf eingegliedert. Damit liegt auch das für die Wiederaufarbeitungsanlage vorgesehene Gelände künftig größtenteils innerhalb der Gemeindegrenzen.

20. Juli 1985 – Das vierte Anti-WAAhnsinns-Festival beginnt

Teublitz * In Teublitz beginnt das vierte Anti-WAAhnsinns-Festival. Die zweitägige Veranstaltung dauert bis zum 21. Juli. Auf der Bühne stehen Guglhupfa, die Straßenjungs, die Al Jones Bluesband, die Boschband, Kirkbride & Glass, Tana Nile, Phooka, die Chicken Shit Blues Band und Ede Ball.

23. Juli 1985 – Die „Lex Schuierer“ ermöglicht den Selbsteintritt

München-Haidhausen * Mit einer Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes schafft der Freistaat ein sogenanntes Selbsteintrittsrecht. Dadurch kann eine Aufsichtsbehörde Aufgaben einer nachgeordneten Behörde übernehmen. Im Fall der WAA kann die Regierung der Oberpfalz damit anstelle des Landratsamtes Schwandorf handeln und die verweigerten Genehmigungen erteilen. Kritiker bezeichnen die Gesetzesänderung als „Lex Schuierer“. Sie tritt am 1. August 1985 in Kraft.

11. November 1985 – Die Regierung der Oberpfalz entzieht dem Landratsamt die Zuständigkeit

Regensburg * Nachdem das Verwaltungsgericht Regensburg einen Eilantrag von Landrat Hans Schuierer zurückgewiesen hat, macht die Regierung der Oberpfalz vom neuen Selbsteintrittsrecht Gebrauch. Regierungspräsident Karl Krampol übernimmt anstelle des Landratsamtes Schwandorf die Zuständigkeit und unterzeichnet die von Schuierer verweigerten bau- und wasserrechtlichen Genehmigungen für die WAA. Die sogenannte „Lex Schuierer“ wird damit



erstmals – und bis heute einmalig – angewandt.

11. Dezember 1985 – Die Rodung des Taxöldener Forstes beginnt

Wackersdorf * Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am Vortag einen Eilantrag gegen den Sofortvollzug der Genehmigung zurückgewiesen hat, beginnt die DWK mit der Rodung des Baugeländes im Taxöldener Forst. Ein massives Polizeiaufgebot sichert die Arbeiten gegen Proteste und Besetzungsversuche. Damit beginnt die sichtbare Umsetzung des WAA-Projekts.

14. Dezember 1985 – Das erste Hüttendorf entsteht

Wackersdorf * WAA-Gegner besetzen einen Teil des bereits gerodeten Baugeländes und errichten das erste Hüttendorf, das sie „Freie Oberpfalz“ nennen. Die Grünen unterbrechen ihre 8. Bundesversammlung in Offenburg für einen Tag. Zahlreiche Delegierte reisen nach Wackersdorf und beteiligen sich an der Demonstration gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

16. Dezember 1985 – Das erste Hüttendorf wird geräumt

Wackersdorf * In den frühen Morgenstunden räumen mehr als 3.000 Polizisten und Bundesgrenzschützer das Hüttendorf „Freie Oberpfalz“. Zahlreiche Besetzer werden festgenommen. Anschließend werden die Hütten abgerissen und die Rodungsarbeiten fortgesetzt.

21. Dezember 1985 – Die „Freie Republik Wackerland“ entsteht

Wackersdorf * Während einer Weihnachtspause der Rodungsarbeiten besetzen WAA-Gegner das Gelände erneut und errichten ein zweites, deutlich größeres Hüttendorf. In den folgenden Tagen entstehen mehr als 50 Hütten, Zelte und Baumhäuser. Die Besetzer nennen das Protestdorf – in Anlehnung an die „Freie Republik Wendland“ – die „Freie Republik Wackerland“.

24. Dezember 1985 – Weihnachten in der „Freien Republik Wackerland“



Wackersdorf * Die Bewohner des Hüttendorfs und zahlreiche Unterstützer feiern gemeinsam Heiligabend in der „Freien Republik Wackerland“. Die friedliche Weihnachtsfeier findet große öffentliche und mediale Beachtung und macht das Protestdorf weit über die Oberpfalz hinaus bekannt.

31. Dezember 1985 – Ein Holzkreuz wird zum Symbol des christlichen Widerstands

Wackersdorf * Bei einer Jahresschlussandacht in der „Freien Republik Wackerland“ segnet Pfarrer Andreas Schlagenhauser ein zehn Meter hohes Holzkreuz. Die Christusfigur schnitzt der Burglengenfelder Bildhauer Stefan Preisl direkt im Hüttendorf aus einem Fichtenstamm. Kreuz und Andacht unterstreichen die große Bedeutung des christlich geprägten Widerstands gegen die WAA.

Januar 1986 – Das Baugelände wird abgeriegelt

Wackersdorf * Rund um das WAA-Gelände entsteht ein provisorischer Bauzaun. Transporte von Baumaschinen und Baumaterial erreichen das Gelände teilweise unter Polizeischutz. Der zunächst einfache Zaun wird in den folgenden Monaten zu einer massiven, technisch gesicherten Absperranlage ausgebaut.

5. Januar 1986 – Kulturfest in der „Freien Republik Wackerland“

Wackersdorf * Etwa 15.000 Menschen besuchen am 5. und 6. Januar ein zweitägiges Kultur- und Solidaritätsfest im Hüttendorf „Freie Republik Wackerland“. Zu den Höhepunkten gehört der gemeinsame Auftritt des Kabarettisten Gerhard Polt und der Biermösl Blosn auf der sogenannten „WAAldbühne“. Mit Musik, Kabarett und politischen Beiträgen bekunden die Künstler ihre Solidarität mit den Bewohnern des Protestdorfs und den Gegnern der WAA.

7. Januar 1986 – Die „Freie Republik Wackerland“ wird geräumt

Wackersdorf * Nach 18 Tagen räumen rund 3.000 Polizisten und Bundesgrenzschützer das zweite Hüttendorf „Freie Republik Wackerland“. Mehr als 700 Besetzer, die das Gelände nicht freiwillig verlassen, werden festgenommen oder vorübergehend in Gewahrsam genommen. Anschließend reißen die Einsatzkräfte die Hütten und Baumhäuser ab. Bei der Räumung der



„Freien Republik Wackerland“ sägen Einsatzkräfte das Holzkreuz ab und entfernen es vom Gelände. Die Christusfigur wird kurze Zeit später zurückgegeben und von WAA-Gegnern zum nahe gelegenen Franziskus-Marterl gebracht. Dort wird sie an einem Baum befestigt.

16. Januar 1986 – Regensburger Physiker warnen vor der WAA

Regensburg * 50 Physiker der Universität Regensburg veröffentlichen eine Resolution, in der sie vor den Gefahren der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage warnen. Insgesamt 173 Hochschulangehörige unterstützen die Erklärung mit ihrer Unterschrift. Die Stellungnahme verleiht der wissenschaftlichen Kritik an dem Projekt zusätzliches Gewicht.

12. Februar 1986 – Wackersdorf wird offizielle Standortgemeinde

Wackersdorf * Wackersdorf wird offiziell zur Standortgemeinde der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage erklärt. Das WAA-Baugelände im Taxöldener Forst gehört zu diesem Zeitpunkt bereits überwiegend zum Gemeindegebiet: Das zuvor gemeindefreie Areal ist bereits zum 1. Mai 1985 größtenteils nach Wackersdorf eingegliedert worden.

13. Februar 1986 – Politischer Aschermittwoch gegen die WAA

Schwandorf * Beim „Politischen Aschermittwoch“ der WAA-Gegner sprechen Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Umweltschutz gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Zu den Rednern gehören Landrat Hans Schuierer, Hubert Weinzierl, Erhard Eppler, Robert Jungk, Carl Amery und Franz Xaver Kroetz.

20. Februar 1986 – Die Christusfigur verschwindet

Wackersdorf * Unbekannte reißen die beim Franziskus-Marterl angebrachte Christusfigur vom Baum und entwenden sie. Zurück bleiben lediglich die abgebrochenen Hände. Das Verschwinden sorgt unter den WAA-Gegnern für große Empörung.

2. März 1986 – Erna Sielka stirbt am Bauzaun



Wackersdorf * Die 61-jährige Wackersdorferin Erna Sielka erleidet am Bauzaun einen Herzinfarkt, nachdem sie kurz zuvor ein Gerangel zwischen WAA-Gegnern und der Polizei miterlebt hat. Demonstranten und Polizeisanitäter versuchen vergeblich, sie wiederzubeleben. Ihr Tod überschattet die Proteste gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

30. März 1986 – Die Osterproteste beginnen

Wackersdorf * Am Ostersonntag demonstrieren rund 30.000 Menschen am WAA-Baugelände. Während die große Mehrheit friedlich protestiert, versuchen kleinere militante Gruppen, den Bauzaun zu beschädigen oder zu überwinden. Die Polizei setzt Wasserwerfer ein. Die Auseinandersetzungen markieren den Beginn eines von heftigen Konflikten geprägten Osterwochenendes.

31. März 1986 – 100.000 Menschen beim Ostermarsch - ein Demonstrant stirbt

Wackersdorf * Am Ostermontag demonstrieren rund 100.000 Menschen gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Die überwiegende Mehrheit protestiert friedlich; am Bauzaun kommt es jedoch erneut zu Auseinandersetzungen. Die Polizei setzt Wasserwerfer sowie CN- und erstmals in großem Umfang CS-Reizgas gegen Demonstranten ein. Der 38-jährige Ingenieur Alois Sonnleitner erleidet einen schweren Asthmaanfall und stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus. Ein Zusammenhang mit dem CS-Gas-Einsatz wird vermutet, bleibt jedoch medizinisch und politisch umstritten.

26. April 1986 – Die Katastrophe von Tschernobyl verschärft den WAA-Konflikt

Tschernobyl - Bayern und Österreich * Im Block 4 des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl kommt es zu einer Explosion und Kernschmelze. Große Mengen radioaktiver Stoffe gelangen in die Atmosphäre und erreichen wenige Tage später auch Süddeutschland und Österreich. Die messbare Belastung von Böden und Lebensmitteln verstärkt die Angst vor den Folgen der Kernenergie und mobilisiert zusätzliche Gegner der geplanten WAA Wackersdorf.

10. Mai 1986 – Anti-Atom-Protest auf dem Marienplatz

München-Graggenau * Auf dem Münchner Marienplatz demonstrieren zahlreiche Menschen



gegen die Nutzung der Kernenergie und die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erhält die Anti-Atom-Bewegung starken zusätzlichen Zulauf.

11. Mai 1986 – Die „Mütter gegen Atomkraft“ organisieren sich

München * Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl schließen sich Frauen aus München, Starnberg und dem Umland zur Initiative „Mütter gegen Atomkraft“ zusammen. Ausgangspunkt ist eine Muttertagsaktion auf dem Münchner Marienplatz, bei der Frauen symbolisch möglicherweise radioaktiv belastete Blumen niederlegen und ein großes Strahlenzeichen bilden. Die Initiative informiert über radioaktive Belastungen, veröffentlicht unabhängige Messergebnisse und gibt Empfehlungen zum Schutz von Kindern und Familien. Zugleich fordert sie den Ausstieg aus der Kernenergie und wendet sich gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Die „Mütter gegen Atomkraft“ entwickeln sich zu einem wichtigen, überparteilichen Teil des bürgerlichen Anti-Atom-Widerstands.

17. Mai 1986 – Die Auseinandersetzungen an Pfingsten eskalieren

Wackersdorf * Über das Pfingstwochenende (17. bis 19. Mai) kommt es am WAA-Bauzaun zu den bis dahin schwersten Auseinandersetzungen. Neben Zehntausenden friedlichen Demonstranten treten bis zu 1.000 teilweise verummte und gewaltbereite Personen auf. Sie bewerfen die Einsatzkräfte unter anderem mit Steinen und Stahlkugeln; mehrere Polizeifahrzeuge werden beschädigt oder in Brand gesetzt.

19. Mai 1986 – Die „Pfingstschlacht von Wackersdorf“

Wackersdorf * Am Pfingstmontag erreichen die Auseinandersetzungen am WAA-Bauzaun ihren Höhepunkt. Die Polizei setzt Schlagstöcke, Wasserwerfer und Reizgas ein; Reizstoffkörper werden auch aus Hubschraubern abgeworfen. Die Ereignisse gehen als „Pfingstschlacht von Wackersdorf“ in die Geschichte ein. Mehrere Hundert Menschen werden auf beiden Seiten verletzt. Die Angaben schwanken jedoch erheblich: Während das Historische Lexikon Bayerns rund 400 Verletzte nennt, sprechen zeitgenössische Protestchroniken von mehreren Tausend Betroffenen. Die höheren Zahlen schließen offenbar auch leichtere Beschwerden infolge des Reizgaseinsatzes ein.



20. Mai 1986 – Die Polizeiführung wird ausgewechselt

Wackersdorf * Nach den schweren Auseinandersetzungen an Pfingsten wird Polizeipräsident Hermann Friker als verantwortlicher Einsatzleiter abgelöst. Wilhelm Fenzl übernimmt die Leitung der Polizeieinsätze rund um das WAA-Gelände. Innerhalb der Polizei beginnt eine kontroverse Diskussion über Einsatzstrategie, Überforderung der Beamten und eine mögliche politische Instrumentalisierung der Polizei im WAA-Konflikt.

22. Mai 1986 – Der Bayerische Rundfunk blendet den „Scheibenwischer“ aus

München * Nur wenige Tage nach den schweren Pfingstausschreitungen in Wackersdorf verweigert der Bayerische Rundfunk die Ausstrahlung einer atomkritischen Ausgabe der ARD-Kabarettssendung „Scheibenwischer“. Die Sendung unter der Leitung von Dieter Hildebrandt reagiert auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und setzt sich satirisch mit Kernenergie, radioaktiver Belastung und der Informationspolitik der Behörden auseinander. Besondere Kritik der BR-Führung richtet sich gegen den von Lisa Fitz vorgetragenen Sketch „Der verstrahlte Großvater“. BR-Fernsehdirektor Helmut Oeller fordert zunächst vergeblich, die Ausgabe im gesamten ARD-Programm abzusetzen. Nachdem sich die übrigen Rundfunkanstalten weigern, koppelt der Bayerische Rundfunk sein Fernsehprogramm für die gesamte Dauer der Sendung aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm aus. Die „Scheibenwischer“-Ausgabe ist deshalb in Bayern nicht zu sehen. Die Entscheidung löst heftige Proteste aus. Zahlreiche Zuschauer beschwerten sich telefonisch beim Sender; zeitweise sind die Leitungen überlastet. Videokopien der Sendung werden in Bayern verbreitet und bei öffentlichen Veranstaltungen vorgeführt. Medien, Künstler und Oppositionspolitiker bewerten das Vorgehen als Zensur und werfen dem Bayerischen Rundfunk politische Rücksichtnahme auf die atomkraftfreundliche Staatsregierung vor. Der BR weist diesen Vorwurf zurück und begründet die Nichtausstrahlung mit Inhalt und Form der satirischen Beiträge. Der Vorgang verstärkt bei vielen WAA-Gegnern den Eindruck, dass nicht nur um ein Industrieprojekt, sondern auch um Meinungsfreiheit, unabhängige Berichterstattung und die demokratische Kontrolle staatlicher Entscheidungen gestritten wird.

22. Mai 1986 – Disziplinarverfahren gegen Hans Schuierer

München - Schwandorf * Die Bayerische Staatsregierung leitet gegen den Schwandorfer Landrat Hans Schuierer ein Disziplinarverfahren ein. Anlass sind seine Amtsführung und öffentliche Äußerungen im Konflikt um die WAA. Das Verfahren bleibt fast drei Jahre anhängig und wird erst am 17. April 1989 ohne Folgen für Schuierer eingestellt.



7. Juni 1986 – Erneute Auseinandersetzungen am Bauzaun

Wackersdorf * Trotz weitreichender Demonstrationsbeschränkungen versammeln sich rund 30.000 WAA-Gegner am Bauzaun. Ihnen stehen etwa 3.000 Polizisten gegenüber. Im Verlauf des Tages kommt es erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Demonstranten und den Einsatzkräften. Die Angaben zu den Verletzten schwanken; häufig werden rund 400 Betroffene auf beiden Seiten genannt. Mindestens 50 Menschen müssen ärztlich behandelt werden. Die Polizei nimmt 48 Demonstranten fest.

7. Juni 1986 – Österreichische WAA-Gegner werden zurückgewiesen

Bayerisch-österreichische Grenze * Die Bayerische Grenzpolizei verweigert mehreren Hundert österreichischen WAA-Gegnern die Einreise. Unter anderem werden am Grenzübergang Kiefersfelden sieben Busse mit rund 400 Demonstranten zurückgewiesen, die zu einer Kundgebung nach Wackersdorf fahren wollen. Die Behörden begründen die Maßnahme mit dem Ausländergesetz und möglichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit. Aus Protest blockieren Demonstranten zeitweise die Autobahn auf österreichischer Seite.

28. Juni 1986 – Die Einreiseverbote lösen einen politischen Konflikt aus

Bayerisch-österreichische Grenze * Die bayerischen Behörden hindern erneut mehr als 300 österreichische WAA-Gegner an der Einreise zu einer Kundgebung in Wackersdorf. Das Vorgehen löst in Österreich heftige Proteste aus. Politiker, Kommunen und Anti-Atom-Initiativen kritisieren die Zurückweisungen als Einschränkung demokratischer Rechte. Besonders die Stadt und das Land Salzburg engagieren sich zunehmend gegen die WAA. Aus dem Streit entwickelt sich ein länger anhaltender politischer Konflikt zwischen Bayern und Österreich, den die Medien später als „Alpenfehde“ bezeichnen.

Juli 1986 – Das WAA-Gelände wird zur Hochsicherheitszone

Wackersdorf * Der provisorische Bauzaun wird durch eine massive Sicherheitsanlage ersetzt. Ein rund 2,5 Meter hoher und etwa 4,8 Kilometer langer Stahlzaun mit Stacheldraht, Beleuchtungsanlage und einer Ringstraße umschließt fortan das WAA-Gelände. Die Kosten belaufen sich auf ungefähr 15 Millionen DM. Der neue Zaun prägt das Erscheinungsbild des Konflikts. Für die Betreiber und die Staatsregierung dient er dem Schutz der Baustelle; für die



WAA-Gegner wird er zum Symbol der staatlichen Abschottung und der zunehmenden Militarisierung des Baugeländes.

26. Juli 1986 – Das „deutsche Woodstock“ wird zum Höhepunkt des Widerstands

Burglengenfeld * Auf dem Lanzenanger findet am 26. und 27. Juli das fünfte Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Mehr als 100.000 Menschen reisen nach Burglengenfeld und machen die Veranstaltung zum bis dahin größten Rockkonzert der Bundesrepublik. Das später als „deutsches Woodstock“ bezeichnete Festival bildet zugleich den kulturellen Höhepunkt des Widerstands gegen die WAA. Auf der Bühne stehen unter anderem BAP, Herbert Grönemeyer, Udo Lindenberg, Die Toten Hosen, Rio Reiser, Haindling, die Biermösl Blosn, Wolf Maahn, Wolfgang Ambros, Purple Schulz, Anne Haigis, Marian Gold, Kevin Coyne, Herwig Mitteregger, Fritz Brause, die Rodgau Monotones, Die Firma, das Frankfurter Kurorchestra, Chris McGregor und Théâtre du Pain. Viele Künstler verzichten ganz oder weitgehend auf ihre Gagen und bekunden öffentlich ihre Solidarität mit den WAA-Gegnern. Rund 7.000 Polizisten begleiten und überwachen die Veranstaltung. Entgegen den zuvor geäußerten Befürchtungen bleibt das Festival vollständig friedlich. Die Bilder der riesigen, gewaltfrei protestierenden Menschenmenge finden bundesweit Beachtung und verändern die öffentliche Wahrnehmung des WAA-Widerstands.

27. Juli 1986 – Salzburg und Schwandorf schließen eine Anti-Atom-Partnerschaft

Salzburg * Auf dem Alten Markt in Salzburg besiegeln Bürgermeister Josef Reschen und der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer eine grenzüberschreitende „Anti-Atom-Partnerschaft“. Unter dem Motto „Atome kennen keine Grenzen“ reichen sie sich auf Leitern über einem nachgebauten WAA-Bauzaun hinweg die Hand. Die symbolische Vereinbarung zwischen der Stadt Salzburg und dem Landkreis Schwandorf soll den gemeinsamen Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage stärken.

7. September 1986 – Ein Zug kollidiert mit einem Polizeihubschrauber

Schwandorf * Auf der Bahnstrecke Schwandorf–Cham kollidiert ein Triebwagen der Deutschen Bundesbahn mit einem Polizeihubschrauber. Der Hubschrauber schwebt nur etwa einen Meter über den Gleisen, um drei Polizeibeamte aufzunehmen, als ihn der Zug erfasst. Die fünf Insassen des Hubschraubers werden zum Teil schwer verletzt. Der 31-jährige Kriminalhauptmeister Hans



Hirschinger erliegt am 24. September seinen schweren Verletzungen. Sein Tod ist der dritte Todesfall des Jahres 1986 im Zusammenhang mit den Ereignissen um die WAA Wackersdorf.

29. September 1986 – Pfeifkonzert gegen Franz Josef Strauß

Schwandorf * Bei einem Wahlkampfauftritt von Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Schwandorfer Sepp-Simon-Stadion protestieren mehrere Hundert WAA-Gegner innerhalb und außerhalb des Stadions. Mit einem anhaltenden Pfeif- und Brüllkonzert bringen sie ihre Ablehnung der Wiederaufarbeitungsanlage und der Politik der Staatsregierung zum Ausdruck. Ein außergewöhnlich großes Polizeiaufgebot sichert die Veranstaltung.

29. September 1986 – Pfeifkonzert gegen Franz Josef Strauß

Schwandorf * Bei einem Wahlkampfauftritt von Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Schwandorfer Sepp-Simon-Stadion protestieren mehrere Hundert WAA-Gegner innerhalb und außerhalb des Stadions. Mit einem anhaltenden Pfeif- und Brüllkonzert bringen sie ihre Ablehnung der Wiederaufarbeitungsanlage und der Politik der Staatsregierung zum Ausdruck. Ein außergewöhnlich großes Polizeiaufgebot sichert die Veranstaltung.

9. Oktober 1986 – 200.000 Unterschriften gegen Atomenergie und Wiederaufarbeitung

München * WAA-Gegner demonstrieren vor der Bayerischen Staatskanzlei und übergeben rund 200.000 Unterschriften gegen die Nutzung der Atomenergie und die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente. Die Aktion macht die breite gesellschaftliche Unterstützung des Widerstands sichtbar und erhöht unmittelbar vor der bayerischen Landtagswahl den politischen Druck auf die Staatsregierung.

12. Oktober 1986 – Dietmar Zierer gewinnt das Direktmandat

Schwandorf * Bei der bayerischen Landtagswahl verliert die CSU im Stimmkreis Schwandorf ihr Direktmandat. Der SPD-Politiker und entschiedene WAA-Gegner Dietmar Zierer setzt sich gegen den CSU-Kandidaten durch. Das Wahlergebnis gilt als deutliches politisches Signal gegen die WAA-Politik der Staatsregierung.



November 1986 – Baufortschritt und juristische Aufarbeitung

Wackersdorf - Schwandorf * Während die Arbeiten auf dem WAA-Gelände fortgesetzt und die Baustelleneinrichtungen erweitert werden, beschäftigen die zurückliegenden Proteste zunehmend Polizei und Justiz. Gegen zahlreiche Demonstranten laufen Ermittlungs- und Strafverfahren, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Zugleich werden einzelne Vorwürfe gegen Polizeibeamte untersucht. Sie betreffen unter anderem unverhältnismäßige Gewaltanwendung bei Demonstrationen, Räumungen und Festnahmen. Der WAA-Konflikt verlagert sich damit zunehmend vom Bauzaun in Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften und Gerichte.

18. November 1986 – Die Anti-Atom-Partnerschaft muss aufgehoben werden

Regensburg * Die Regierung der Oberpfalz beanstandet die Anti-Atom-Partnerschaft als unvereinbar mit der bayerischen Landkreisordnung. Auf staatliche Weisung hebt der Schwandorfer Kreistag die Vereinbarung mit Salzburg wieder auf. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit endet damit jedoch nicht: Im November 1987 vereinbaren Salzburg und Schwandorf eine rechtlich weniger angreifbare Umweltpartnerschaft.

4. März 1987 – Der Bau des Brennelement-Eingangslagers beginnt

Wackersdorf * Auf dem WAA-Gelände beginnt der Erdaushub für das Brennelement-Eingangslager. In dem besonders gesicherten Gebäude sollen später abgebrannte Brennelemente in ihren Transportbehältern zwischengelagert werden. Es gehört zu den wenigen Bauwerken des WAA-Projekts, die bis zum Baustopp weitgehend fertiggestellt werden, und nach dem Ende des Vorhabens erhalten bleiben.

April 1987 – Der Kampf um die öffentliche Meinung geht weiter

Wackersdorf - Schwandorf * Die DWK und ihre Tochtergesellschaften weiten ihre Öffentlichkeitsarbeit für die Wiederaufarbeitungsanlage aus. Sie betreiben Informationszentren auf dem ehemaligen BBI-Gelände und in Schwandorf, werben für die versprochenen Arbeitsplätze und unterstützen örtliche Einrichtungen und Vereine. Das Sponsoring soll die gesellschaftliche Akzeptanz des Projekts in der Region erhöhen. Die WAA-Gegner setzen ihre vielfältigen Protestaktionen fort. Ökumenische Andachten am Franziskus-Marterl,



Sonntagsspaziergänge zum Bauzaun, Blockaden, Kulturveranstaltungen und grenzüberschreitende Aktionen halten den Widerstand öffentlich sichtbar. Der Konflikt wird damit zunehmend auch als Kampf um Zustimmung, Deutungshoheit und gesellschaftlichen Einfluss geführt.

14. Juni 1987 – „Zug um Zug gegen Wackersdorf“

Salzburg - Schwandorf - Wackersdorf * Unter dem Motto „Zug um Zug gegen Wackersdorf“ bringt ein Sonderzug zahlreiche österreichische WAA-Gegner von Salzburg nach Schwandorf. Unter den Teilnehmern befindet sich auch Salzburgs Bürgermeister Josef Reschen. Von Schwandorf ziehen die Demonstranten weiter zum WAA-Baugelände. Die Aktion unterstreicht die enge Verbindung zwischen dem oberpfälzischen und dem österreichischen Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

8. August 1987 – Das sechste Anti-WAAhnsinns-Festival

Burglengenfeld * Auf dem Lanzenanger findet am 8. und 9. August das sechste Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Nach dem Großereignis des Vorjahres rücken wieder kleinere und regionale Musikgruppen in den Mittelpunkt. Das Festival hält den kulturellen Protest gegen die WAA öffentlich sichtbar. Auf der Bühne stehen Kevin Coyne, Mr. Booze, Sachwerk, Grand Slam, Rock-'n'-Rolls-Royce and the Brass Brothers Connection, Männer ohne Nerven, Fancy Guts, Einfürst, Apfelkuchen, Sacco & Mancetti, Stargazer und Müngersdorfer Stadion.

Oktober 1987 – Debatte über Gewalt und Gewaltfreiheit

Wackersdorf * Brandanschläge, beschädigte Baumaschinen und umgesägte Strommasten verschärfen den Konflikt um die WAA. Die Taten werden überwiegend militanten beziehungsweise autonomen Gruppen zugerechnet. Bürgerinitiativen, kirchliche Gruppen und andere Vertreter des regionalen Widerstands distanzieren sich ausdrücklich von Gewalt und halten am friedlichen Protest fest. Innerhalb der Anti-WAA-Bewegung intensiviert sich zugleich die Debatte über Aktionsformen, Militanz und die Grenzen des zivilen Ungehorsams.

Oktober 1987 – Gauweilers RAF-Vergleich verschärft den Konflikt



München * Der bayerische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler stellt öffentlich eine Verbindung zwischen militanten Teilen des Widerstands gegen die WAA und der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF) her. Vertreter der Bürgerinitiativen weisen den Vergleich zurück und betrachten ihn als Versuch, die Protestbewegung zu kriminalisieren. Die Äußerungen heizen die ohnehin angespannte Stimmung vor der Großdemonstration am 10. Oktober zusätzlich an und vertiefen die politische Konfrontation zwischen Staatsregierung und WAA-Gegnern.

10. Oktober 1987 – Letzte Großdemonstration gegen die WAA

Wackersdorf * Zwischen 20.000 und 25.000 Menschen versammeln sich auf dem Wackersdorfer Volksfestplatz zu einer Kundgebung gegen die Wiederaufarbeitungsanlage. Zu den Mitwirkenden gehört der Kabarettist Dieter Hildebrandt. Anschließend ziehen zahlreiche Demonstranten zum Baugelände. Es ist die letzte Großdemonstration mit mehreren Zehntausend Teilnehmern unmittelbar am WAA-Standort. Danach verlagert sich der Widerstand zunehmend auf kleinere, dezentrale und gewaltfreie Aktionen.

19. Januar 1988 – Verwaltungsgerichtshof erklärt Bebauungsplan für nichtig

München-Maxvorstadt * Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof erklärt den Bebauungsplan „Westlicher Taxöldener Forst“ für nichtig. Die nuklearspezifischen Risiken der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage sind zwar erkannt, aber nicht ausreichend in die bauleitplanerische Abwägung einbezogen worden. Nach Auffassung des Gerichts dürfen diese Fragen nicht vollständig in das parallele atomrechtliche Genehmigungsverfahren verlagert werden. Das Urteil bedeutet jedoch keinen automatischen vollständigen Baustopp. Die Arbeiten auf dem WAA-Gelände werden auf der Grundlage bereits erteilter Einzelgenehmigungen fortgesetzt. Dennoch erhöht die Entscheidung die rechtliche Unsicherheit des Projekts erheblich.

26. Januar 1988 – Antrag auf die zweite Teilerrichtungsgenehmigung

München-Bogenhausen * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) beantragt beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen die zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA. Sie betrifft den weiteren Ausbau der Anlage, insbesondere das Hauptprozessgebäude und Änderungen am ursprünglichen Baukonzept. Der Antrag führt zu einer erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung mit der Auslegung des Sicherheitsberichts und einem weiteren Erörterungstermin.



22. Februar 1988 – Sicherheitsbericht wird öffentlich ausgelegt

Wackersdorf * Der Sicherheitsbericht für die beantragte zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung wird öffentlich ausgelegt. Bürger, Gemeinden und Verbände können die Unterlagen einsehen und bis zum 22. April 1988 Einwendungen gegen das Vorhaben erheben. Die Auslegung bildet die Grundlage für den späteren Erörterungstermin in Neunburg vorm Wald. Trotz der möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen lehnt die bayerische Staatsregierung eine amtliche Auslegung der Unterlagen in Österreich ab. Dies verstärkt dort den politischen Widerstand gegen die WAA.

April 1988 – Rekordzahl an Einwendungen

Wackersdorf - München * Mit Ablauf der Einwendungsfrist liegen dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen rund 880.000 Einwendungen gegen die zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung vor. Etwa 420.000 bis 453.000 Einwendungen stammen aus Österreich. Damit entwickelt sich das Verfahren zum bis dahin größten atomrechtlichen Beteiligungsverfahren in der Bundesrepublik.

11. Juli 1988 – Erörterung der Einwendungen beginnt

Neunburg vorm Wald * In der Stadthalle von Neunburg vorm Wald beginnt der öffentliche Erörterungstermin zur zweiten atomrechtlichen Teilerrichtungsgenehmigung. Vertreter der Genehmigungsbehörde und der DWK treffen auf Einwender, Rechtsanwälte, Sachverständige, Bürgerinitiativen sowie Vertreter deutscher und österreichischer Kommunen und Behörden. Im Mittelpunkt stehen unter anderem die Strahlenbelastung, mögliche radioaktive Ableitungen, die Gefährdung des Grundwassers, die Erdbebensicherheit und der Schutz vor Flugzeugabstürzen. Das Verfahren findet unter großem Medieninteresse und strengen Sicherheitsvorkehrungen statt.

3. August 1988 – Erörterungstermin wird vorzeitig beendet

Neunburg vorm Wald * Nach 23 Tagen erklärt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen den Erörterungstermin zur zweiten Teilerrichtungsgenehmigung vorzeitig für beendet. Vorausgegangen sind anhaltende Auseinandersetzungen über den Ablauf und eine Protestaktion der Umweltorganisation Robin Wood, deren Aktivisten gelbe, als Atommüllbehälter gekennzeichnete Fässer in die Stadthalle



rollen. Die Genehmigungsbehörde begründet die Beendigung mit den wiederholten Störungen. WAA-Gegner kritisieren dagegen, dass zahlreiche Einwendungen und sicherheitsrelevante Fragen nicht abschließend behandelt worden seien. Der umstrittene Abbruch beschäftigt später auch den Bayerischen Landtag.

6. September 1988 – „Salzburger Protestspiele“ gegen die WAA

Regensburg * Österreichische WAA-Gegner veranstalten in Regensburg die „Salzburger Protestspiele“. Künstler, Musiker und Aktivisten bringen den grenzüberschreitenden Widerstand mit kulturellen und politischen Beiträgen zum Ausdruck. Zu den Mitwirkenden gehört der österreichische Musiker Falco. Die Veranstaltung unterstreicht die enge Zusammenarbeit zwischen der oberpfälzischen und der österreichischen Anti-Atom-Bewegung. Die genaue Abfolge und die einzelnen Spielorte innerhalb Regensburgs sind in den bislang ausgewerteten Quellen nicht eindeutig angegeben.

28. September 1988 – Verdacht auf manipulierte WAA-Gutachten

München-Haidhausen * SPD und Grüne beantragen im Bayerischen Landtag einen Untersuchungsausschuss. Er soll klären, ob Beamte des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen politischen Einfluss auf wissenschaftliche Gutachten zur WAA genommen haben. Im Mittelpunkt stehen Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau sowie der Vorwurf, kritische Messwerte zur radioaktiven Belastung nicht ausreichend berücksichtigt oder nachträglich abgeschwächt zu haben. Der Landtag setzt den Untersuchungsausschuss am 2. Februar 1989 ein. Die Ausschussmehrheit und die Opposition gelangen später zu unterschiedlichen Bewertungen der Vorwürfe.

1. Oktober 1988 – Ärzte warnen vor den Gesundheitsgefahren der WAA

Wackersdorf * Rund 600 Ärzte und andere Angehörige medizinischer Berufe aus Deutschland und Österreich demonstrieren gegen die Wiederaufarbeitungsanlage. Viele tragen als sichtbares Zeichen ihres Berufs weiße Kittel. Vom Wackersdorfer Marktplatz ziehen sie zum WAA-Gelände und warnen vor den gesundheitlichen Folgen radioaktiver Belastung. Zu den Teilnehmern gehören der Internist Herbert Begemann und der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter. Richter bezeichnet die geplante WAA als Symbol einer „technokratischen Hybris“. Eine Podiumsdiskussion ergänzt die Protestveranstaltung.



1. Oktober 1988 – Franz Josef Strauß bricht bei einem Jagdausflug zusammen

Jagdschloss Aschenbrennermarter * Nach einem Besuch des Münchner Oktoberfestes fliegt der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß mit einem Polizeihubschrauber zum Jagdschloss Aschenbrennermarter bei Altenthann, nordöstlich von Regensburg. Dort soll er auf Einladung von Johannes von Thurn und Taxis an einer Hirschjagd im Fürstlichen Thiergarten teilnehmen. Kurz nach der Landung bricht der 73-Jährige noch vor Beginn der eigentlichen Jagd zusammen. Nach ersten Wiederbelebensmaßnahmen wird er in das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Regensburg gebracht.

3. Oktober 1988 – Tod von Franz Josef Strauß

Regensburg * Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß stirbt um 11:45 Uhr im Alter von 73 Jahren im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Regensburg. Mit seinem Tod verliert das WAA-Projekt seinen politisch einflussreichsten und entschiedensten Befürworter. Der Führungswechsel in der Bayerischen Staatsregierung verändert die politischen Rahmenbedingungen für das zunehmend umstrittene und wirtschaftlich belastete Großprojekt grundlegend. Sein Nachfolger als Ministerpräsident wird Max Streibl.

27. Oktober 1988 – Greenpeace deckt Sicherheitslücken auf

Wackersdorf * Greenpeace-Aktivist*innen überwinden trotz der umfangreichen Sicherungsanlagen die Absperrungen des WAA-Baugeländes. Sie gelangen unbemerkt bis in das Innere der Baustelle und besetzen einen etwa 70 Meter hohen Baukran. Die spektakuläre Aktion führt die Sicherheitsvorkehrungen öffentlich vor und wirft die Frage auf, wie eine spätere Atomanlage zuverlässig gegen unbefugtes Eindringen oder Sabotage geschützt werden soll. Für Betreiber, Polizei und Staatsregierung bedeutet die Aktion einen erheblichen Ansehensverlust.

1. November 1988 – Künstler protestieren gegen die WAA

Wackersdorf * Beim „Tag der Künstler gegen Wackersdorf“ setzen Kulturschaffende aus Bayern und Österreich ein öffentliches Zeichen für eine atomfreie Zukunft. An der grenzüberschreitenden Protestveranstaltung beteiligen sich unter anderem Künstler aus dem Umfeld des Salzburger Landestheaters. Kulturelle Beiträge, Gespräche und Aktionen verbinden den politischen Protest mit künstlerischen Ausdrucksformen.



28. November 1988 – Bundestagsfraktion der Grünen besucht Wackersdorf

Wackersdorf - Schwandorf * Mitglieder der Bundestagsfraktion der Grünen besichtigen das WAA-Baugelände und informieren sich bei Bürgerinitiativen und örtlichen WAA-Gegnern über die Situation. Anschließend hält die Fraktion eine öffentliche Sitzung ab. Der Besuch unterstreicht, dass der Konflikt um Wackersdorf weiterhin ein bundespolitisches Thema ist.

Dezember 1988 – Wirtschaftliche Zweifel am WAA-Projekt wachsen

Bundesrepublik Deutschland * Innerhalb der Energiewirtschaft nehmen die Zweifel an Kosten, Zeitplan und Wirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitungsanlage zu. Verzögerte Genehmigungsverfahren, gerichtliche Entscheidungen, technische Änderungen und steigende Baukosten belasten das Projekt. Die ursprünglich vorgesehene Inbetriebnahme rückt in immer weitere Ferne und erscheint frühestens in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre realistisch. Gleichzeitig gewinnt die kostengünstigere Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in bereits bestehenden Anlagen im französischen La Hague und im britischen Sellafield an Attraktivität. Damit gerät zunehmend auch die wirtschaftliche Grundlage einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage infrage.

2. Februar 1989 – Untersuchungsausschuss zu den WAA-Gutachten

München-Haidhausen * Der Bayerische Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss ein, der mögliche Manipulationen und politische Einflussnahmen auf wissenschaftliche Gutachten zur Wiederaufarbeitungsanlage klären soll. Im Mittelpunkt stehen Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau sowie der Verdacht, Mitarbeiter des Umweltministeriums hätten auf die Bewertung von Messdaten eingewirkt. Der Ausschuss geht auf einen Antrag von SPD und Grünen vom 28. September 1988 zurück. Seine Arbeit führt später zu gegensätzlichen Bewertungen durch die CSU-Mehrheit und die oppositionelle Minderheit.

1. April 1989 – Bis zu 14 Tage Unterbindungsgewahrsam

Freistaat Bayern * Eine Novelle des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes tritt in Kraft. Sie verlängert den möglichen richterlich angeordneten Unterbindungsgewahrsam von bislang höchstens zwei auf bis zu 14 Tage. Betroffene können damit festgehalten werden, um erwartete Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung zu verhindern. Die



Staatsregierung begründet die Verschärfung unter anderem mit den Erfahrungen bei den Auseinandersetzungen um die WAA. Bürgerrechtsorganisationen und Oppositionsparteien kritisieren die Regelung als unverhältnismäßige „Vorbeugehaft“ und bezeichnen sie als „Lex Wackersdorf“.

11. April 1989 – VEBA setzt auf die französische Alternative

Düsseldorf - La Hague * VEBA, einer der wichtigsten Anteilseigner der DWK, bestätigt öffentlich Gespräche über eine Zusammenarbeit mit dem französischen Nuklearkonzern Cogema. Vorgesehen ist eine Beteiligung an der Wiederaufarbeitungsanlage UP3 in La Hague. Cogema bietet an, deutsche Brennelemente dort ab 1999 aufzuarbeiten. Das französische Angebot erscheint den Energieversorgungsunternehmen deutlich günstiger und schneller verfügbar als die Fertigstellung der WAA Wackersdorf. Mit der französischen Alternative verliert das bayerische Bauprojekt seine wirtschaftliche Grundlage. Die Ankündigung gilt deshalb als entscheidender Schritt auf dem Weg zum endgültigen Baustopp.

16. April 1989 – Hoffnung auf das Ende der WAA

Wackersdorf * Rund 6.000 WAA-Gegner versammeln sich am Baugelände und feiern das sich abzeichnende Scheitern des Projekts. Anlass sind die bekannt gewordenen Pläne der Energiewirtschaft, abgebrannte deutsche Brennelemente künftig im französischen La Hague aufarbeiten zu lassen. Die Stimmung ist von Freude, aber auch von Vorsicht geprägt: Ein offizieller Baustopp ist noch nicht beschlossen, und die Arbeiten auf dem Gelände gehen zunächst weiter. Die Kundgebung zeigt dennoch, dass selbst viele langjährige Beteiligte das Ende der WAA nun für wahrscheinlich halten.

17. April 1989 – Disziplinarverfahren gegen Schuierer eingestellt

München - Schwandorf * Das seit dem 22. Mai 1986 laufende Disziplinarverfahren gegen den Schwandorfer Landrat Hans Schuierer wird ohne disziplinarische Sanktion eingestellt. Das Verfahren steht im Zusammenhang mit seiner Weigerung, Genehmigungen für die WAA zu unterzeichnen, und mit seiner öffentlichen Opposition gegen das Projekt. Nach fast drei Jahren endet damit ein zentraler politischer Konflikt zwischen Schuierer und der Bayerischen Staatsregierung. Für die WAA-Gegner wird die Einstellung zu einem weiteren Zeichen dafür, dass die politische Durchsetzung des Projekts an Rückhalt verliert.



18. April 1989 – Streibl rückt erstmals von der WAA ab

München-Haidhausen * Ministerpräsident Max Streibl lässt in einer Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag erstmals ein deutliches Abrücken vom Bau der Wiederaufarbeitungsanlage erkennen. Er erklärt, er sei nie ein „heißer Verfechter der Kernenergie“ gewesen und werde für die WAA „gewiss nicht kämpfen“. Eine ausdrückliche Beendigung des Projekts verkündet Streibl an diesem Tag noch nicht. Seine Äußerungen markieren jedoch den politischen Kurswechsel der Staatsregierung: Bayern hält nicht länger bedingungslos an Wackersdorf fest und zeigt sich für die Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland offen.

Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf

Bundesrepublik Deutschland * Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren: Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998 möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.

31. Mai 1989 – Baustopp - das Ende der WAA Wackersdorf

Wackersdorf * Die DWK-Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf GmbH (DWW), die Projektgesellschaft der DWK, stellt die Bauarbeiten auf dem WAA-Gelände offiziell ein. Zugleich verzichtet sie darauf, den Sofortvollzug der ersten Teilerrichtungsgenehmigung weiter in Anspruch zu nehmen. Das Haupttor der Baustelle wird symbolisch geschlossen. Nach jahrelangen Protesten, gerichtlichen Auseinandersetzungen und steigenden Kosten ist das WAA-Projekt damit praktisch beendet. WAA-Gegner versammeln sich am sogenannten Roten Kreuz und feiern den Baustopp zunächst noch mit vorsichtiger Freude. Der 31. Mai 1989 gilt als entscheidender Schlusspunkt der WAA Wackersdorf; die bundespolitische Absicherung folgt am 6. Juni.



3. Juni 1989 – Letzte große Anti-WAA-Kundgebung in München

München-Gruggebau * Auf dem Odeonsplatz findet wenige Tage nach dem Baustopp die letzte große Münchner Anti-WAA-Kundgebung statt. Bürgerinitiativen, Umweltverbände und langjährige Aktivisten feiern das Ende des Projekts in Wackersdorf. Zugleich warnen die Teilnehmer davor, das Problem lediglich ins Ausland zu verlagern. Der Protest richtet sich deshalb auch gegen die geplante Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im französischen La Hague und im britischen Sellafield. Die Kundgebung verbindet Siegesfeier und Forderung nach einem grundsätzlichen Ausstieg aus der Atomenergie.

6. Juni 1989 – Deutsch-französische Vereinbarung besiegelt das WAA-Aus

Bonn - Paris - La Hague * Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der französische Industrieminister Roger Fauroux vereinbaren, abgebrannte Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken künftig in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague behandeln zu lassen. Gleichzeitig erkennt die Bundesregierung die Wiederaufarbeitung im Ausland als gleichwertigen Entsorgungsnachweis an. Damit entfällt die rechtliche und energiepolitische Begründung für eine eigene deutsche Wiederaufarbeitungsanlage. Sechs Tage nach dem Baustopp ist das Ende der WAA Wackersdorf nun auch bundespolitisch besiegelt.

15. Juli 1989 – Das letzte Anti-WAAhnsinns-Festival

Burglengenfeld * Wenige Wochen nach dem Baustopp in Wackersdorf findet auf dem Lanzenanger das siebte und letzte Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Rund 20.000 Menschen besuchen die zweitägige Veranstaltung, die Protestfestival und Feier über das absehbare Ende der WAA zugleich ist. Auf der Bühne stehen unter anderem Robert Cray, Udo Lindenberg, Ten Years After, Blue Cheer, Al Stewart, Georg Danzer, Herman Brood & His Wild Romance, Wolf Maahn, Phillip Boa and the Voodooclub, Biermösl Blosn, Peter Cornelius, Czeslaw Niemen, The Blues Band, The Daltons, Pankow, Groundhogs und Hans Söllner. Mit diesem Festival endet die Reihe der sieben Anti-WAAhnsinns-Festivals, die seit 1982 Musik und Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage verbinden.
